

Was die

AfD
wirklich will

5 Beispiele



Bisher ist die rechtspopulistische Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) vor allem für ihre Position in der Flüchtlingsdebatte bekannt. Hier wie in anderen Fragen greift die AfD Ängste und Vorurteile auf. Dabei versucht sie den Anschein zu erwecken, sie sei der Anwalt der Benachteiligten, der von sozialem Abstieg Bedrohten und aller »kleinen Leute«.

Der **FAKTENCHECK** der Initiative Gemeinwohl hat Vorfahrt zum 1. Mai prüft anhand der wirtschafts- und steuerpolitischen Vorstellungen der AfD, was Schein und was Wirklichkeit ist.

Beispiel Einkommenssteuer

Im heute geltenden Steuermodell steigen die Steuersätze nach Leistungsfähigkeit. So tragen starke Schultern größere und schwächere Schultern geringere Lasten. Leider gilt dieser Grundsatz derzeit nur mit großen Einschränkungen. Von einer Partei der »kleinen Leute« würde man deshalb erwarten, dass sie mehr und nicht weniger Steuergerechtigkeit im Sinn hat. Doch im Programmentwurf der AfD zum Parteitag am 30. April 2016 heißt es:

»11.1 Gerechte Steuern durch AfD-Stufentarif – Wir wollen einen neuen Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen (...). Der geltende Steuertarif führt zu einer ungerechten Belastung vor allem der Mittelschicht als Leistungsträger der Gesellschaft.«

Um die sogenannten »Leistungsträger« – tatsächlich von der AfD begünstigt werden vor allem die Bezieher/innen hoher und höchster Einkommen – zu entlasten, plant die AfD eine so genannte Flat-Tax: »Unser Konzept ist angelehnt an die Ideen von Paul Kirchhof«, so Frauke Petry. Das Steuermodell von Paul Kirchhof sieht einen Einheitssatz von ca. 20 bis 25 Prozent vor und soll für alle Jahreseinkommen über 20.000 Euro gelten – sowohl für die Krankenschwester wie für VW-Manager oder schwerreiche Millionäre.

Niedrige Steuersätze für die oberen Einkommen hätten massive Einnahmeausfälle für den Staat zur Folge.

Bund, Länder und Kommunen sind schon heute unterfinanziert. Die Infrastruktur von Schulen, Straßen, Brücken ist dem Verschleiß preisgegeben, wichtige Investitionen werden ohne Unterlass in die Zukunft vertagt, zusätzliche Einnahmeausfälle wären in dieser Lage pures Gift.

Einnahmeausfälle, die der Entlastung von Unternehmen und Besserverdienenden geschuldet sind, wurden in der Vergangenheit durch eine Erhöhung von Verbrauchs- und Umsatzsteuern (Mehrwertsteuer, Energiesteuern, etc.) ausgeglichen: Betrugten 1960 Einkommens-, Verbrauchs- und Umsatzsteuer ca. 50 Prozent des Gesamtsteueraufkommens, so sind es heute bereits über 70 Prozent. Der Anteil der Körperschaftssteuer ist im gleichen Zeitraum von 9,7 Prozent auf 2,7 Prozent gesunken!

Ein »Weiter so« auf diesem Weg würde besonders die Bezieher niedriger Einkommen in voller Härte treffen – Essen und Trinken, sich kleiden, Fahrten von hier nach dort bewältigen, müssen schließlich alle und jede/r!

Zudem gilt: Das Kirchhof-AfD-Modell beinhaltet die Streichung aller Steuervergünstigungen. Auch die Pendlerpauschale und die steuerfreien Sonn- und Feiertagszuschläge wären zum Abschuss freigegeben. Die Einkommenssituation vieler Arbeitnehmer/innen mit geringem Einkommen würde sich weiter verschlechtern.

Fazit: Die AfD suggeriert mit ihrem Steuermodell eine vermeintliche Gleichheit. Doch wer Ungleiches gleich behandelt, verschärft nur bestehende Ungerechtigkeit und trägt dazu bei, dass sich Schere zwischen Arm und Reich noch weiter öffnet.





Beispiel Gewerbe-, Vermögens- und Erbschaftsteuer

In Ihrem Programmentwurf fordert die AfD:

»11.4 Gewerbe-, Vermögens- und Erbschaftsteuer abschaffen«

Welche Folgen hätte dies? Die Abschaffung der Gewerbesteuer würde Wiesbaden rund 25 Prozent seiner gesamten Einnahmen kosten oder in anderen Worten ca. 250 bis 270 Millionen EURO (!) pro Jahr.

2015 wurde deutlich, welche Auswirkungen ein prognostizierter Fehlbetrag bei den Steuereinnahmen von rund 50 Millionen EURO gehabt hätte. In allen Bereichen der Stadtpolitik sollte der Rotstift angesetzt werden – insbesondere Maßnahmen zur Stärkung weniger Begüterter und von Quartieren in Not sollten entfallen. Gespart werden sollte auch an der Bewältigung von überfälligen Maßnahmen zur Instandsetzung von Straßen und Schulen, zum Ausbau von Kindergartenplätzen und vielem anderen mehr.

Dank der zahlreichen Proteste der Bevölkerung konnten die schlimmsten Auswüchse dieses Rotstiftkonzeptes der Großen Koalition abgewendet werden.

Insbesondere die von der CDU zunächst in Bausch und Bogen abgelehnte, später nur mit Abstrichen zugestandene Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer hat für einen ausgeglichen Haushalt ohne Streichorgie gesorgt.

Die von der AfD befürwortete Streichung der Gewerbesteuer hätte für Wiesbaden also ganz fatale Folgen und wäre zudem höchst ungerecht: Gewerbesteuern sind Gewinnsteuern. Wer wenig Gewinn macht, zahlt entsprechend wenig, wer hohe Gewinne macht, zahlt entsprechend viel. Dies hat zur Folge, dass die 20 bestverdienenden Firmen in Wiesbaden fast 60 Prozent des hiesigen Gewerbesteueraufkommens einspielen – die höchsten Beträge steuern Unternehmen der Versicherungs- und Finanzwirtschaft bei. Handwerksbetriebe und Firmen, die gerade so über die Runden kommen, werden hingegen kaum oder überhaupt nicht zur Kasse gebeten – und genau dies entspricht dem Grundsatz: Starke Schultern tragen mehr! Deshalb stellt sich hier die Frage: Wieso will die AfD verhindern, dass Betriebe nach ihrer Leistungsfähigkeit an den Kosten für die Allgemeinheit und das Gemeinwohl beteiligt werden?

Und ausgerechnet diese AfD will die Partei des Mittelstandes sein? Wenn der Stadt Wiesbaden jedes Jahr ca. 25 Prozent ihrer Einnahmen fehlen, dann kann sie entsprechend weniger Aufträge erteilen, von denen nicht zuletzt der Mittelstand und kleinere, regionale Unternehmen leben. Wer diese Betriebe austrocknet, gefährdet Arbeitsplätze und obendrein unsere soziale und bauliche Infrastruktur, die heute schon bedenklich bröckelt.

Gleich ganz abschaffen will die AfD die Erbschaftsteuer – also die Steuer, die auf Grund üppiger Freibeträge nur die Reichsten zahlen müssen.

Wer erbt, streicht Geld ein, ohne etwas dafür geleistet zu haben. Die AfD, die sich sonst gerne als Partei der »Leistungsträger« gibt, macht hier endgültig klar, wessen Interessen sie tatsächlich vertritt: die der Reichen. Denn bei ihnen konzentriert sich das große Geld: Die reichsten zehn Prozent der Deutschen halten laut DGB knapp 70 Prozent des gesamten Vermögens, dem reichsten einen Prozent gehört mehr als ein Drittel des Volksvermögens. In solchen Kreisen wird viel vererbt – mehr als 200 Milliarden jährlich. Davon bleiben gerade mal sechs Milliarden beim Fiskus hängen. Die AfD will dies auf Null absenken und auch bei Vermögenssteuern auf Teufel komm raus einen Totalverzicht üben.

Beispiel: Harmonisierung der europäischen Steuersysteme

Dazu heißt es im Programmentwurf der AfD unter der Überschrift:

»11.6 Wettbewerb der nationalen Steuersysteme erhalten – Die AfD will die nationale Steuererhebungscompetenz beibehalten und befürwortet den Wettbewerb nationaler Steuersysteme.«

In Klartext bedeutet das: Die AfD will, dass Staaten weiterhin einen Dumpingwettbewerb bei den Steuersätzen und Sozialabgaben betreiben. Getreu ihres Plakatslogos »Mut zur Wahrheit« hätte sie eigentlich sagen müssen: Steueroasen ausbauen!

Beispiel: Länderfinanzausgleich

Eher harmlos klingt hier die Überschrift im Programmentwurf der AfD:

»11.8 Föderalismus und Eigenständigkeit stärken«

Doch auch hier lohnt ein Blick ins »Kleingedruckte«:

»Eine klare Aufgabenteilung soll Wettbewerb zwischen den Bundesländern ermöglichen. Wir fordern eigenverantwortliche Länder und Kommunen, die auch für sich genommen insolvenzfähig sein müssen. Wie auf europäischer Ebene befürworten wir hier die Nichtbestandsklausel, so dass Rettungsprogramme des Bundes für überschuldete Kommunen oder Länder verboten sind.«

Von Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren ist hier – wie auch sonst – bei der AfD keine Rede. Sie will den gnadenlosen Wettbewerb »Jeder gegen Jeden«, Und wer bereits am Boden liegt, der wird seinem Schicksal überlassen, auch wenn dies Bevölkerungsgruppen besonders hart trifft, die schon jetzt nicht auf der Sonnenseite des Lebens zu Hause sind. Zudem befördert die AfD mit ihrer Forderung einen Kurs, der insbesondere diejenigen bedroht, die dieses Schutzes bedürfen. Sie heizt damit einen Wettbewerb unter den Bundesländern an, bei dem diejenigen die Nase vorn haben, die mit den geringsten Umweltauflagen und den schlechtesten Arbeitsschutzgesetzen ins Rennen gehen...

Beispiel: Rechte abhängig Beschäftigter:

Die AfD findet den Schutz der Beschäftigten vor Leiharbeit und Werkverträgen unnützlich. Sie sagt:

»Geltende Regelungen wie das Entsendegesetz reichen weitgehend aus.«

Von wegen! Noch immer nutzen Unternehmen billige Leiharbeiter/innen und Werkverträge, um die Löhne ihrer Beschäftigten zu drücken. Laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) »sind dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet«.

- Unsere Schlussfolgerung lautet daher:**
- ▶ Die AfD ist eine gnadenlose Verfechterin des Rechts der Stärkeren.
 - ▶ Die Stärkeren werden bevorteilt.
 - ▶ Schwächere und Arme werden abgehängt und als Ballast abgestempelt.
 - ▶ Dem Gemeinwohlgedanken des Grundgesetzes läuft die Programmatik der AfD gänzlich zuwider.

